

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.  
Telegraph: Sondernummer 25 241  
Kur für Nachgelehrte: 2001.

Bezugs-Gebühr  
Einzelnummer M. 10.—, Sonntagsausgabe M. 12.—.  
Die Spalte 12 mm breite Seite M. 25.—, außerhalb Sachsen M. 31.—, Familien-  
ausgabe und Seitenabzug unter Weißdruck je einer Schall M. 12.—.  
Bezugspreise laut Zeitung. Wissende gegen Versandgebühr.

Schreinung und Auslandsschreinung  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Adolf & Reichart in Dresden.  
Postleitzahl-Nr. 1066 Dresden.

Nachdruck nur mit drücklicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ gestattet. — Unterjährige Schrifthalde werden nicht aufbewahrt.

## August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

### Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten?

#### Der Gegensatz zwischen Bayerischer Volks- partei und Graf Verchenfeld.

München, 27. Okt. Der Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld gilt in höchsten unerreichbaren Kreisen als beschlossene Sache. Nach den Donnerstagssitzungen des Wirtschaftsrates der Bayerischen Volkspartei und ihrer Landtagsfraktion nahmen die Reaktionen am Freitag vormitag zu dem durch die Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten und seine Denkschrift darüber an die Reichsregierung ausgelösten Konsult Stellung. Noch am Vormittag erschien der Führer der Landtagsfraktion Dr. Held bei dem Ministerpräsidenten. Als ungewissh wird es noch angesehen, ob der Rücktritt des Ministerpräsidenten schon heute, Freitag, publiziert werden wird, oder ob Graf Verchenfeld, dem von der Partei geäußerten Wünsche entsprechend, im Amt bleibt, bis sein Nachfolger gefunden ist. In diesem Falle wäre mit der Publikation erst am Montag kommender Woche zu rechnen. Die Frage des Nachfolgers dürfte aber erst gelöst sein, wenn er hente an anstreitende Parteien der Bayerischen Volkspartei Altbach über die programmatischen Richtlinien gekreist haben wird, mit denen die Partei in die Winterarbeit einzutreten gedenkt.

Wie unser Münchner Vertreter zu dem bevorstehenden Regierungswechsel drängt, ist, wenn auch aus formalen Gründen das Geheimkabinett aufzulösen muß, damit zu rechnen, daß ein anderes Melliort eine Neubesetzung erfährt, so daß lediglich die Spitze der Staatsregierung einen anderen Namen erhalten wird. Es hat sich herausgestellt, daß die Teuerungsdenkschrift als Ganzes nicht in dem Maße Bedenken brachte wie die unvollständigen Ansätze, die sowohl in der Berliner wie in der Münchner Presse erschienen sind. Die letzten Verhandlungen waren, wie weit berichtet wird, für Graf Verchenfeld sehr anstreitig, doch scheint sein Aufschied aus der Regierung nicht mehr vermeidbar. An einem Brückenschluß dem Ministerpräsidenten und der Bayerischen Volkspartei ist es nicht gekommen.

#### Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei.

(Von unserem Münchner Vertreter.)

München, 27. Okt. Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei begann heute nachmittag mit der Tagung des Wirtschaftsrates, wobei festgestellt wurde, daß die Hauptpartei mit dem Wirtschaftsrat einig ist, in den Beschlüssen gegen die Denkschrift der bayerischen Regierung an die Reichsregierung. Weiter forderte der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Kommissar Dorn, unter der Zustimmung des Reichsministers Staats- und Schul mit der Erfüllungspolitik und Schluß mit der von sozialistischen Ideen erfüllten Politik. Nach mehreren Abstimmungen wurde dagegen, daß die bayerische Regierung die Denkschrift nicht ohne Vereinbarung mit dem Landtag und den Wirtschaftsräten hätte machen können. Man erfuhr weiter, daß die Denkschrift vertraulich an die Reichsregierung gesendet worden ist und daß schon am nächsten Tage in der Berliner Presse Auszüge erschienen sind.

#### Die Ergänzung der Dienstverordnung.

Berlin, 27. Okt. Durch eine zweite Ausführungsverordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln ist die Frage der Anwendung dieser Verordnung auf laufende Verträge dahin entschieden, daß die Gültigkeit laufender Verträge unverzüglich bis zum 15. Dezember 1922 auf die vereinbarte Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln entfällt ist. Ist sie bis zum 15. Dezember zu erfüllen, so ist sie in Reichswährung zum Kürte des Gültigkeitsdienstes zu leisten. Ist die Zahlung bereits in Reichswährung erfolgt, so hat es dabei kein Beweis. Erleichterungen sind hierzu auf die Geschäftse im Auslande infolfern geschaffen, als einmal geschäftliche Überlieferungen von im Auslande befindlichen Waren und der erste Umsatz aus dem Auslande einzelhändler Waren von einem Verbot der Bezahlung in ausländischer Währung ausgenommen worden sind. Geduldig sind Provisionsgeschäfte beim Export und beim Dienst- und Werkvertrag, bei denen die Erfüllung im Auslande zu erfolgen hat, weiter geschäftliche über im Auslande befindliche oder zwischen Inn- und Ausland zu befindende Waren und gewisse Versicherungsgeschäfte von dem Verbot des § 1 der Verordnung ausgenommen worden. Firmen, die Zahlungen auf Wunsch solcher Geschäftse anstellen haben, kann auch die Handelskammer besondere Bedingungen ausspielen, so daß sie von der Bezahlung des Finanzamtes beim Gewerbe von ausländischen Zahlungsmitteln freigesetzt sind. Ein weiterer Ausbau der Tempoverordnung und ihre baldigste gesetzliche Regelung sind in Vorbereitung.

#### Der belgische Vermittlungsplan zur Marktstabilisierung.

Paris, 27. Okt. Über den belgischen Vermittlungsplan machte der „Express“ folgende detaillierte Angaben: Das neue belgische Projekt schlägt nach neueren Informationen die Stabilisierung der Mark auf einer bedeutend niedrigeren Basis vor als es Sir John Bradburne tat. Eine innere und äußere Währung würde die Stabilisierung der Mark erleichtern. Am Einverständnis mit der deutschen Regierung wird eine Kontrolle über den Haushalt, der vor allem ins Gleichgewicht gebracht werden muß, eingerichtet werden. Diese Kontrolle wird sich unter ganz bestimmten Bedingungen nur auf die Bezeichnung des Ausgaben und die Erhöhung der Einnahmen, und zwar entsprechend der Notwendigkeit der deutscher Finanzlage, deren außerordentliche Schwere erkannt wird, beziehen. Die Widerherstellung des Gleichgewichts des Haushalts und die Stabilisierung der Mark würden ferner ohne weiteres die Gewährung gewisser Rechten für die deutscher Bevölkerung in bar und völleicht auch der Zahlleiterungen mit sich führen. Parallel mit diesen Maßnahmen werde eine Regelung des Papiermarktauslaufs sowie Mittel gegen die Kapitalflucht und gegen die Devisenspekulation ins Auge gesetzt.

Paris, 27. Okt. Das „Journal“ behauptet, daß Bradburn sich heute in London befand, und führt hinan, daß er von seiner Regierung aufgefordert worden sei, sie über die schwebenden Angelegenheiten zu unterrichten und neue Richtlinien einzugeben. (W. T. V.)

### Regierungssturz in Italien durch die Faschisten.

#### Die Allmacht der Faschisten.

Rom, 26. Okt. Das Kabinett de Facto ist zurückgetreten unter der Drohung der Faschisten, welche die Teilnahme an der Regierung verlangten und die allgemeine Mobilisierung sämtlicher faschistischen Organisationen in Italien bestätigten. (W. T. V.)

Rom, 27. Okt. Das Ultimatum der Faschisten ist gestern abend de Facto durch ein kritisches Telegramm Orlando bekanntgegeben worden, daß dieser im Einverständnis mit Giolitti abgetreten habe. Da gleich auf Grund der Lage eine Anzahl von Ministern erklärt hatten, daß sie ihre Portefeuilles nicht mehr behalten könnten, blieb dem Ministerium keine andere Wahl, als seine Demission einzurichten. De Facto rief unmittelbar darauf einen Ministerkabinett zusammen. Nach langer Beratung, die erst abends um 9 Uhr beendet war, wurde die Entscheidung für die Demission gefasst. Das kommende Ministerium wird vorwiegendlich von Giolitti gebildet werden, der ihn als Ministerpräsident vorstehen, und Orlando als Minister des Außenwesens oder des Innern zur Seite haben wird. Es verlautet, daß die Faschisten bereits eingewilligt mit Giolitti verhandelt und sich damit einverstanden erklärt haben, sich vorläufig bis zu den nächsten Wahlen mit zwei Ministerstellen zu begnügen.

#### Eine faschistische Aktion gegen Rom?

Rom, 27. Okt. Die nationalistische Presse lädt durch Bilder, daß wahrscheinlich eine faschistische Aktion gegen Rom bevorstehe. Hierfür spricht auch die beworkebare Eröffnung der Kammer, die die Faschisten zum Anlaß einer Aktion machen wollen.

#### Verhaftung des Prinzen Andreas von Griechenland.

London, 26. Okt. Neuter meldet aus Athen, daß Prinz Andreas von Griechenland im Zusammenhang mit dem militärischen Zusammenbruch des Landes in Korfu verhaftet worden sei. (W. T. V.)

#### Wieder auf der Kompromisslinie in England.

In England vollzieht sich ein merkwürdiger politischer Vorgang. Man hat nämlich erst die Position, die ja, wie jedes solches Gebilde, auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen allen Beteiligten errichtet war, ausgetauscht, weil so gleichermaßen die unter König George eingerissene Wandlungskraft und Grundlosigkeit des politischen Denkens und Handelns bis an den Hals latt hatte, und lehrt schon im nächsten Augenblick, kaum daß der ehemalige Generalgouverneur von der Bildfläche verschwunden ist, zu dem Prinzip der mittleren Linie zurück. Damit folgen die englischen bürgerlichen Parteien einem fachlichen Swinge, der in den Stärkeverhältnissen der einzelnen Gruppen gegeben ist und bewirkt, daß keine von ihnen mit dem Kopf durch die Wand rennen kann, um sich nach dem parlamentarischen Vorbilde der britischen Vergangenheit auf alleinigen Herrschaft aufzuschwingen. Die Unionisten, wie sich die Konservativen nennen, seit sie unter Gladstones Ministerpräsidentschaft durch den Zusatz der Neoliberalen verstärkt wurden, zählen im jetzt aufgelösten Parlament 371 Mitglieder, von denen nur 48 unter Younger die Richtung der alten strengen Tormpartei vertraten, während die überwältigende Mehrheit unter Chamberlain-Balfour-Brittenbach auf dem Boden der Koalition stand. Ebenso belasten sich von 163 Liberalen nur 34 als Gegner des Koalitionsgedankens. Die liberale Minderheit, die von Asquith und Grey geführt wird, während die Mehrheit auf das Kommando von König George und Churchill hört, erhält genau wie die Torminderheit ihr Ideal in der Rückkehr zu der früheren abwechselnden Herrschaft entweder der Liberalen oder der Konservativen. Damit läßt sich aber in der Gegenwart nichts mehr anfangen, und so hat denn auch die neue Regierung von vornherein darauf verzichtet, den Vogen im Sinne eines einheitlichen konservativen Parteiregiments zu überspannen. Bonar Law hat sowohl für die auswärtige wie für die innere Politik Großbritanniens klare Beweise seiner Entschlossenheit gegeben, nichts zu überkürzen und die natürliche Entwicklung nicht gewaltsam zu unterdrücken. Das Ministerium des Auswärtigen ist nicht mit dem ausgesprochenen Franzosenfreund Lord Derby, sondern mit dem gemäßigten Lord Curzon besetzt worden, und Bonar Law selbst hat in der großen Versammlung der Konservativen erklärt, England könne seine Stellung nach außen und innen nicht durch eine Völkerhochmütiger Aktionierung, sondern nur durch Kompromisse, durch Zusammenwirken und Einträchtigkeit wieder festsetzen. Gleichzeitig wandte Lord Curzon sich stark gegen die von ihm als Unruhe kennzeichnete Behauptung, daß der Starke König Georges den Beginn einer reaktionären Ära bedeutet; Bonar Law's Politik werde die der Rückkehr, aber nicht die eines glänzenden Feuerwerks sein. Endlich hat auch Lord Derby sich veranlaßt gelassen, die allzu rauschenden Fanfaren der französischen Presse, deren Geschäftsbürokratie in London feindlich verläuft, abzudämpfen, indem er den Vertreter des „L'Intransigeant“, des die französische Öffentliche Meinung beweisenden Regierenden Blattes, ermächtigte, seinen Pariser Landsleuten nahezulegen, daß sie ohne einen Verzicht auf einige ihrer Hoffnungen nicht davonzukommen würden. Ein besonders deutlicher Beweis für die Abneigung der neuen Regierung gegen jede sprunghafte Rückwärtsentwicklung ist die bereits angekündigte Austrittstellung Bonar Law's als Kandidat der City für die Neuwahl. Wenn sich die britische Bank und Handelswelt mit ihrem mächtigen Einfluß hinter den neuen Premier stellt, so ist ihm der Weg der Mitte klar vorgezeichnet, und die City drückt ihm dadurch ihr Vertrauen aus, daß sie von ihm eine nachdrückliche Einigung aus die Pariser Politik im Sinne einer vernünftigen Behandlung der Reparationsfrage erwarten. Man erkennt also auf der ganzen Linie das Verstreben, die gemäßigte Richtung der Konservativen zur Geltung zu bringen. Darum deutet auch der Umstand hin, daß Bonar Law und König George sich öffentlich gegenwärtig einige Komplimente gesetzt haben. Die Freihaltung der politischen Gegenwart von verdecklichen Elementen ist überhaupt eine sehr kompatiblen Eigenschaft des britischen und des ganzen angelsächsischen Nationalcharakters. Mag man sich in der Politik und im Wahlkampf auch noch so stark beschäftigen, nachher gilt wieder das „shake hands“, der freundlichkeitliche Händedruck. So ist es in Amerika lebenshafte Begeisterung, daß der im Wahlkampf unterlegene Präsidentschaftskandidat seinem Siegerkämpfer gegenübersieht und Gratulationen ausstreckt. In Deutschland sind wir noch nicht soweit. Bei uns herrscht noch allzu sehr die able Reizung, den politischen Gegner auch persönlich zu verlecken und dem natürlichen Gebote zu trotzen, daß die Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung verloren geht. So lange König George als Staatsmann eine Politik des Wechsels und der irrlichtenden Gläserne von einer Idee auf andere betrieb, verläßt man ihn mit steigender Leidenschaftlichkeit. Nehmt wo das Ziel erreicht und man von seiner unerträglich gewordenen Methode des Halbwollens und der konsequenten Entfernung bestreit ist, wird er wieder als Gentleman behandelt und braucht keine nachdrücklichen Steinwürfe zu fürchten. Entweder konsequent oder inkonsequent, nur nicht dieses ewige Schwanken, wie es einmal ein Londoner Karikaturzeichner,

Dollar (Amtlich): 4150

Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 4070